



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

**16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.03.2015
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Herr Jochen Mauritz - CDU
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Claus Schaafberg - Bü90/DIEGRÜNEN

Herr Rolf Müller - FDP

Herr Paul Kaitschick - CDU
Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE
Herr Christoph Otte - SPD
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU
Herr Olaf Wegner - BfL

Vertretung für:
Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Vertretung für:
Herrn Rathcke, Thomas

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller
Frau Dr. Olga Koop
Herr Reinhard Rocksien

Herr Egbert Ohlow
Herr Bernd Neumann
Frau Birgit Hartmann

Herr Dietmar Schäfer

Herr Christian Stolte
Frau Ulrike Schölkopf
Herr Heiko Hüttmann
Herr Bernd Olbrich

Fachbereichsleitung
Fachbereichscontrolling
3.322 - Melde- und
Gewerbeangelegenheiten
3.327 - Verkehrsangelegenheiten
3.370 - Feuerwehr
3.390 - Umwelt-, Natur- und
Verbraucherschutz
3.390 - Umwelt-, Natur- und
Verbraucherschutz
Stadtplanung
Stadtgrün und Verkehr
Polizeidirektion Lübeck
Polizeidirektion Lübeck

Protokollführung

Herr Maik Schneider

Fachbereichsdienste

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat
Herr Werner Macziey - Seniorenbeirat
Herr Hans-Dieter Schiller - Gemeinnütziger Kreisverband
Lübeck der Gartenfreunde e.V.

nur im öffentlichen Teil
nur im öffentlichen Teil
nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke - FDP

entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN
Herr Matthias Bünenfeld - Die PARTEI-PIRATEN

entschuldigt
entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
3. Polizeibeirat
- 3.1. Mitteilungen der Polizeidirektion**
- 3.1.1. G7-Außenministertreffen
- 3.2. Neue Anfragen an den Polizeibeirat**
- 3.2.1. Anfrage des AM Matthias Bünenfeld zu G7 Vorlage: VO/2015/02467
- 3.2.2. Anfrage AM Zahn zu Graffiti Hansa Rostock
- 3.2.3. Anfrage Frau Menorca - Anti-Islam-Flugblätter Moisling
- 4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.02.2015**
- 5. Mitteilungen**
- 5.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5.1.1. Jahresbericht 2014 des Stadtfeuerwehrverbands der Hansestadt Lübeck
- 5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
- 5.2.1. Neubau Possehlbrücke
- 5.2.2. Gutachten Berufsfeuerwehr
- 5.2.3. Badestelle Kleiner See
- 5.2.4. Gefahrenpunkt Rehderbrücke
- 5.3. Beantwortung von Anfragen**
- 5.3.1. Anfrage Frau Mählenhoff - Baumfällungen Citti-Park
- 5.3.2. Anfrage Herr Mauritz - Verwendung Haushaltsreste 2014
- 5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
- 6. Anträge**
- 7. Vorlagen**
- 7.1. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795
- 7.2. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796

7.3. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/01797

7.3.1. Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung:
"Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207

7.3.2. Antrag des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff zu "Zukunftsorientierte
Stadtentwicklung Lübeck 2030" Vorlage: VO/2015/02375

8. Berichte und Antworten

9. Neue Anfragen und Verschiedenes

9.1. Anfrage Herr Röttger - Holzeinschlag Stadtwald

Nichtöffentlicher Teil:

10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.02.2015

11. Mitteilungen

12. Vorlagen

13. Berichte und Antworten

14. Neue Anfragen und Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt es in sein Amt ein.

Verpflichtet wird: Herr Claus Schaaferberg

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mählenhoff beantragt die Behandlung des TOP 5.2.1 und des gesamten TOP 7 nach den TOP zum Polizeibeirat mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Mählenhoff beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 – Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

zu 3.1.1 G7- Außenministertreffen

Herr Hüttmann schlägt vor, die Fragen unter dem TOP 3.2.1 gleich in seinen Ausführungen zum G7 – Außenministertreffen mitzubehandeln. Der Ausschuss ist damit einverstanden. Die Beratung wird unter dem TOP 3.2.1 zusammengefasst.

zu 3.2 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.2.1 Anfrage des AM Matthias Büenefeld zu G7 Vorlage: VO/2015/02467

- A. *In wie weit ist während des Treffens der G7-Außenminister der Zugang bzw. die Erreichbarkeit von nachfolgend aufgelisteten Orten eingeschränkt, erschwert oder verhindert? Wie sieht es mit der Information der Bürger aus, wenn während des Treffens der Zugang doch erschwert wird, obwohl dieses nicht eingeplant war?*
1. *Stadttheater, weitere Theater, Kinos, Museen Musikhochschule, Musikschule, Stadtbibliothek*
 2. *Banken, insbesondere solche, die nur Filialen in der Innenstadt haben, Post*
 3. *Kanzleien von Rechtsanwälten oder Notaren, Ärzte (insbesondere Kinderärzte), Apotheken, das Marienkrankenhaus?*
 4. *Zugang zu Behörden wie das Einwohnermeldeamt, Dienststellen im Rathaus, Landesamt für soziale Dienste am Burgtor?*
 5. *Polizeirevier 1 in der Mengstraße*
- B. *Könnten durch Zugangsbeschränkungen gerade bei den unter 4. genannten Orten zeitkritische Rückmeldungen durch Bürger nicht gemacht werden? Ist in solchen Fällen eine Fristverlängerung angedacht?*
- C. *Kann es gerade für Kanzleien und Ärzte auch zu "Aus- oder Durchgangssperren" kommen, sodass diese nicht zu bestimmten Terminen oder Notfällen gelangen können?*
- D. *In wie weit wird in Sperrgebieten der Zugang für Ärzte, Feuerwehr, THW, Krankenwagen und Rechtsanwälte ermöglicht? Kann es derart zu Zeitaufhalten kommen, dass ein Notfall erst wesentlich verspätet erreicht werden kann?*
- E. *Werden Parkplätze abgesperrt bzw. kurzfristig deren Nutzbarkeit für Anwohner/Gäste geändert? Werden insbesondere öffentliche Parkplätze oder Parkplätze für Anwohner abgesperrt und welche Ausweichmöglichkeiten gibt es / werden geschaffen?*

Herr Hüttmann teilt mit, dass nach jetzigem Sachstand den in der Pressekonferenz vom 11. März gegebenen Informationen nichts hinzuzufügen sei. Als Polizei verfolge man drei vorrangige Ziele. Erstens, die Gewährleistung des sicheren Ablaufs der G 7 - Außenministerkonferenz, zweitens, den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Demonstrationen und drittens, eine möglichst geringe Beeinträchtigung der Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck und ihrer Gäste. Aktuell seien rund 3.500 Einsatzkräfte vorgesehen. Davon 1.600 eigene Kräfte der Landespolizei und ca. 1.900 Kräfte anderer Polizeien des Bundes und der Länder. Insgesamt sei es ein sehr vielfältiger Einsatz, u.a. durch das Medienaufkommen und die angemeldeten Demonstrationen. Zu den eingereichten Fragen könne gesagt werden, dass versucht werde, die freie Beweglichkeit so gering wie möglich einzuschränken. Die Innenstadt Lübecks werde während der Tagung der Außenminister für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleiben und der allgemeine Einkaufs- und Geschäftsbetrieb könne normal weitergehen. Dennoch werde es einige unvermeidbare Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger geben. Mit längerfristigen Sperrungen sei an den drei eingerichteten Sicherheitsbereichen zu rechnen.

Dies seien der Sicherheitsbereich südliche Wallhalbinsel (Willy-Brandt-Allee vom Holstentor bis einschließlich MuK inklusive der Wanderwege und die Parkplätze Lastadie). Der Zugang zur „Alternative“ sei von der anderen Seite gewährleistet.

Der Sicherheitsbereich Hansemuseum (Drehbrücke bis einschließlich Hubbrücke, Kanalstraße ab Rosenpforte in Richtung Straße An der Untertrave bis zur Hubbrücke, Straßen rund um das Hansemuseum: Große und Kleine Altefähre, Kleine Burgstraße, Hinter der Burg). Im Sicherheitsbereich Hansemuseum würden die Anwohnerparkplätze nicht nutzbar sein. Eine Durchlassstelle für Berechtigte werde eingerichtet. Damit sei der Zugang neben Anwohnern auch für Ärzte, soziale Dienste, Transport- oder Botendienste gewährleistet.

Der Sicherheitsbereich Rathaus (Markt inklusive Arkaden, Parkplatz Schlüsselbuden, Marienkirchhof).

Zu temporären Sperrungen werde es während der Demonstrationen entlang der Demonstrationswege kommen. Ähnliches gelte für den Kolonnenverkehr der Minister zu den Veranstaltungsorten.

Alle Maßnahmen stünden aber unter dem Vorbehalt der momentanen Sachlage. Die Polizeidirektion Lübeck werde über die Sperrungen und den Einsatz auch im sozialen Netzwerk Facebook, auf der Fanpage der Polizei Lübeck und Ostholstein informieren. Ab dem 11.04.15 werde ebenfalls ein besonderes Bürgertelefon geschaltet, über das die Bürgerinnen und Bürger aktuelle Auskünfte in Bezug auf die G 7- Außenministerkonferenz erhalten könnten.

Es sprechen die Damen Menorca, Mählenhoff sowie die Herren Mauritz und Zahn.

Die Frage, ob es zu Beeinträchtigungen in Travemünde komme, verneint Herr Hüttmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Anfrage AM Zahn zu Graffiti Hansa Rostock

- 1. Seit wann hat die Polizei von dieser Art der Sachbeschädigungen Kenntnis?*
- 2. Wie viele Strafanzeigen wurden zu dieser Thematik erstattet?*
- 3. Konnten Täter ermittelt werden, die diese „Bemalungen“ wieder entfernen müssten?*
- 4. Gibt es eine landesübergreifende Ermittlung?*

Herr Hüttmann gibt bekannt, dass Polizeistreifen im Oktober/November 2014 erstmals Kenntnis von den Graffiti erlangt hätten und im Dezember 2014 Anzeige erstattet worden sei. Momentan lägen 16 Strafanzeigen vor. Täter seien bislang noch nicht ermittelt worden. Man stehe im Kontakt mit dem Polizeirevier Grevesmühlen und unterstütze sich gegenseitig. Generell seien Ermittlungen in diesem Tätigkeitsfeld sehr schwierig. Hier sei man umso mehr auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Beobachtungen sollten umgehend der Polizei mitgeteilt werden.

Fragen der Herren Martens und Müller beantwortet Herr Hüttmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Anfrage Frau Menorca - Anti-Islam-Flugblätter Moising

Frau Menorca fragt nach, ob es schon Erkenntnisse zu den Anti-Islam-Flugblättern in Moisinger Briefkästen gebe und was es mit „der Staatsschutz ermittelt“ auf sich habe. Herr Hüttmann antwortet, dass noch keine Anhaltspunkte bzgl. der Täter vorlägen. Es habe aber keine weiteren Fälle gegeben. Hinter dem Begriff „Staatsschutz-Kommissariat“ verberge sich das Kommissariat 5 der BKI Lübeck, das sich mit politisch motivierter Kriminalität befasse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.02.2015

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

zu 5.1.1 Jahresbericht 2014 des Stadtfeuerwehrverbands der Hansestadt Lübeck

Frau Mählenhoff teilt mit, dass der Jahresbericht 2014 des Stadtfeuerwehrverbands der Hansestadt Lübeck ausliege und gern mitgenommen werden könne. Herr Möller lobt die Arbeit des Stadtfeuerwehrverbands, insbesondere die gute Jugendarbeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Neubau Possehlbrücke (vorgezogen)

Frau Schölkopf teilt mit, dass es wegen der Erneuerung der Possehlbrücke ingenieurtechnisch erforderlich sei, 340.000-440.000 cbm Wasser aus dem Hauptgrundwasserleiter zu pumpen und in die Trave einzuleiten, um den Grundwasserspiegel zu senken. Diese Maßnahme sei gemeinsam mit der unteren Wasserbehörde, die dazu auch die Genehmigung erteile, erarbeitet worden.

Fragen der Herren Müller, Martens und Schaafberg beantwortet Frau Schölkopf.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.2 Gutachten Berufsfeuerwehr

Bezüglich des Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit und zu Organisationsstrukturen der Berufsfeuerwehren in Lübeck und Kiel berichtet Herr Möller, dass es am 27.03.2015 einen Termin in Kiel gebe und man dann mehr über den weiteren Ablauf erfahre.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.3 Badestelle Kleiner See

Herr Möller teilt mit, dass der Befreiungsantrag zur Badestelle „Kleiner See“ durch die Untere Naturschutzbehörde positiv beschieden worden sei und eine Baugenehmigung vom FB 5 erstellt werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.4 Gefahrenpunkt Rehderbrücke

Herr Ohlow berichtet, dass es verschiedene Überlegungen gegeben habe, die Sicherheit für Radfahrer in diesem stark frequentierten Bereich zu verbessern. Bauliche Veränderungen seien nach einheitlicher Auffassung der Mitglieder des Arbeitskreises Verkehr für nicht umsetzbar gehalten worden, weil dieser Bereich insbesondere für den ÖPNV von erheblicher Bedeutung sei und keine Einengungen zulasse. Letztlich sei vom FB 5 in Fahrtrichtung Hüxtertorallee ab der Einmündung An der Mauer ein Überholverbot eingerichtet worden, um unnötige Fahrmanöver und Gefahrenmomente im Bereich der Zufahrt zur Rehderbrücke zu reduzieren. Der Ordnungs- und Verkehrsdienst führe zudem in unregelmäßigen Abständen Geschwindigkeitsmessungen durch. Allerdings seien diese Messungen zeitlich befristet und auf die Tages- und Abendstunden beschränkt. Die Ergebnisse seien somit nicht repräsentativ. Aus diesem Grund und um verlässliches Zahlenmaterial zu den tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten in diesem Bereich zu erhalten, habe die Stadtplanung schließlich in 2014 stadtauswärts vor der Rehderbrücke ein "Geschwindigkeitsanzeigegerät" installiert. Die Auswertung der aufgezeichneten Messungen habe deutlich gezeigt, dass insbesondere in den Nachtstunden häufig Geschwindigkeiten weit über 40 km/h erreicht würden. Aufgrund dieser Aufzeichnungen habe der Arbeitskreis den Bereich Verkehrsangelegenheiten gebeten zu prüfen, ob dort die Messanlage aufgestellt werden könne, die zurzeit noch in der Ratzeburger Allee installiert sei. Diese habe wegen der schlechten Fahrbahnbeschaffenheit Ende 2014 kein neues Eichsiegel erhalten und aufgrund der geringen Fallzahlen in den letzten Jahren solle diese auch nicht wieder aktiviert werden. Bei einer Besichtigung sei festgestellt worden, dass eine Installation auf der Rehderbrücke (Fahrtrichtung Moltkestraße) in Höhe der Einfahrt zur Grünanlage möglich wäre. Ein unverbindliches Angebot bezüglich der Umbaukosten in Höhe von rd. 14.000,- Euro liege dem Bereich vor. Zusätzlich entstünden noch Kosten für den Elektroanschluss, der vom Pumpenhaus am Krähenteich aus realisiert werden könnte. Der Bereich Verkehrsangelegenheiten beabsichtige, mit den Umbauarbeiten unmittelbar nach Freigabe des Haushaltes 2015 zu beginnen.

Fragen von Frau Metzner und Herrn Müller beantwortet Herr Ohlow.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Anfrage Frau Mählenhoff - Baumfällungen Citti-Park

Auszug Niederschrift 17.02.2015 TOP 8.1:

„Laut Frau Mählenhoff sind vier Eichen mit einem Stammdurchmesser von ca. 30 cm im Gewerbegebiet Herrenholz (Citti-Park) gefällt worden. Sie bittet zu einer der nächsten Sitzungen um Begründung der Fällarbeiten.“

Herr Möller gibt bekannt, dass es sich bei der Fällaktion um eine bauvorbereitende Maßnahme handle. Grundlage dafür sei der Bebauungsplan für die Erweiterung des Unternehmens Citti. Es sei der Neubau eines Parkhauses vorgesehen, in dessen Baufeld sich die Eichen befanden und somit beseitigt werden konnten. In diesem Fall finde die Baumschutzsatzung im Rahmen eines Bebauungsplanes zur Realisierung eines Bauvorhabens keine Anwendung. Allerdings regle deshalb der Bebauungsplan selbst den erforderlichen Ausgleich für die beseitigten Eichen. Danach seien innerhalb des Bebauungsplanes Festsetzungen zur Neuanpflanzung von 10 Bäumen und diversen

Hecken vorgesehen. Ferner sei ein Ausgleich auf einem Ökokonto im Bereich des Ortes Ratekau in Form von Neuanpflanzungen von Feldgehölzen beabsichtigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.2 Anfrage Herr Mauritz - Verwendung Haushaltsreste 2014

Auszug Niederschrift 17.02.2015 TOP 8.4:

„Herr Mauritz möchte gern zu einer der nächsten Sitzungen wissen, was mit Haushaltsresten des Fachbereichs 3 aus 2014 geschehe und wo diese hinfließen würden.“

Frau Dr. Koop teilt mit, dass Haushaltsreste im doppelten Haushaltsrecht in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden könnten. Dafür müssten die Bereiche Anträge an den Bereich Haushalt & Steuerung stellen. Überwiegend würden im FB 3 Haushaltsreste im investiven Haushalt gebildet. Ausnahme sei dabei die Feuerwehr. Hier sei es möglich, im konsumtiven Haushalt Unterhaltungsmittel für Trinkwassernotbrunnen zu übertragen. Für den Fachbereich ergebe sich fürs Haushaltsjahr der folgende Sachstand:

- 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten, Antrag gestellt (Erneuerung bzw. Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen)
- 3.327 Verkehrsangelegenheiten, Anträge gestellt (Erneuerung bzw. Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen, Anschluss des gespendeten WC-Containers auf dem Platz der Jugendverkehrsschule),
- 3.340 Standesamt, keine Anträge
- 3.370 Feuerwehr, Anträge werden zzt. formuliert
- 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, keine Anträge
- 3.820 Stadtwald, keine Anträge.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

Kurz vor Eintritt in den TOP 7 beantragt Frau Mählenhoff die Vertagung des gesamten TOP 7, da im Bauausschuss mehrere Anträge gestellt worden seien und es anscheinend noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen gebe. Herr Dr. Lengen und Frau Wind-Olßon widersprechen dem.

Der Ausschuss lehnt die Vertagung bei 3 - Jastimmen, 11 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

zu 7 Vorlagen (vorgezogen)

zu 7.1 Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795

Beschlussvorschlag

1. *Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Frau Wind-Olßon beantragt dem Votum des Bauausschusses zu folgen und der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird, mit der Auflage es nach 5 Jahren fortzuschreiben, als Bericht zur Kenntnis genommen.“

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltung einstimmig zu.

zu 7.2 Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796

Beschlussvorschlag

1. *Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Frau Wind-Olßon beantragt dem Votum des Bauausschusses zu folgen und der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 wird, mit der Auflage es nach 5 Jahren fortzuschreiben, als Bericht zur Kenntnis genommen.“

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltung einstimmig zu.

Beschlussvorschlag

1. Das Konzept „Lübeck 2030“ wird als Grundlage für die Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung und die daraus folgende städtische Bauleitplanung sowie für die Fortschreibung des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen. Dies beinhaltet:
 - a. Die Suchräume für Wohnbau- und Gewerbeflächen der Kategorien 1 und 2 werden von weiteren konkurrierenden Nutzungen freigehalten. Bestehende Nutzungskonkurrenzen werden langfristig abgebaut.
 - b. Die in der Kategorie 3 vorgesehenen Suchräume werden langfristig nicht als Siedlungsflächen, sondern als Freiraum entwickelt.
 - c. Die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete erfolgt nach Prinzipien der Nachhaltigkeit. Maßnahmen der Innenentwicklung sollen die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen auf das notwendige Maß begrenzen.
2. Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck von 1989/90 wird fortgeschrieben.

In Anlehnung an die Beschlussfassung im Bauausschuss beantragt Herr Dr. Lengen der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Im Beschlussvorschlag wird:

der Absatz 1.b. ersetzt durch:

Im Geschosswohnungsbau sind vorzugsweise Flächen für den geförderten Wohnungsbau zu entwickeln.

ein Absatz 1.d. eingefügt:

Angesichts des Umstands, dass bereits heute knapp 40 % des Lübecker Stadtgebiets als Natur- und Landschaftsschutzgebiete unterschiedlicher Qualität ausgewiesen sind, wird derzeit keine Notwendigkeit für zusätzliche Schutzgebiete gesehen. Neue naturschutzrechtlich geschützte Gebiete (Freiräume) sind nur noch dann auszuweisen, wenn hierfür an anderer Stelle geringwertigere Schutzgebiete und Freiflächen aufgehoben und als Kompensationsflächen für Wohnen und Gewerbe freigegeben werden.

nach 2. eingefügt:

3. Die durch die Bürgerschaftsbeschlüsse VO/2015/02327 und VO/2015/02373 beauftragten B-Pläne sind umzusetzen. Das Konzept „Lübeck 2030“ wird **zweijährlich** fortgeschrieben.
4. In Suchräumen im Bereich von Kleingärten dürfen Maßnahmen nur dann entwickelt werden, wenn über deren Umfang und den dazugehörigen zeitlichen Planungshorizont mit den jeweiligen Kleingartenvereinen Einvernehmen erzielt wurde.

In der Begründung wird auf Seite 3 im 7. Absatz „Die Konfliktflächen W 11 (Vorwerker Friedhof), W 20 (Teutendorfer Siedlung) und“ gestrichen und durch „Die Konfliktfläche“ ersetzt.

In Anlage 3 werden die Gebiete:

W 9 „Erweiterung Hagenkoppel“,
W 20 „Neue Teutendorfer Siedlung (westlicher Teil)“,
W 21 „Howingsbrook“,
G 3 „Verkehrsübungsplatz“,
G 14 „Erweiterung Roggenhorst“
nach Kategorie 1 gehoben.

G 6 „Schanzenberg“ wird nach Kategorie 2 gehoben.

G 10 „Moisling“ ist im Suchraum für Wohn- und Gewerbegebiete in Teilbereichen vorzusehen.

Das ehemalige Travag Gelände in der Schlutuper Straße als W 22 „Travag Gelände“ in die Kategorie 1 aufgenommen.

Wird die Kategorie 3 – Wohnbauflächen gestrichen.

Wird die Kategorie 3 – Gewerbeflächen gestrichen.“

Herr Stolte geht näher auf die Punkte ein und merkt u.a. an, dass momentan ein ausgewogenes Konzept vorliege. Durch die vorgenannten Änderungen würde es zu einer kompletten Abschaffung der Kategorie 3 und Schiefelage des Konzepts kommen. Herr Möller unterstützt Herrn Stolte und fügt hinzu, dass es unverständlich sei, wenn der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung die gesamte Freiraumentwicklung, also Belange des Umweltschutzes, aus der Vorlage streichen würde.

Frau Mählenhoff beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit als sachkundige Bürgerin, welches der Ausschuss mehrheitlich ablehnt.

*Herr Mauritz beantragt um 17:30 Uhr die Unterbrechung der Sitzung für eine 5-minütige Beratungspause, welche der Ausschuss einstimmig beschließt.
Der Ausschuss setzt die Sitzung um 17:35 Uhr fort.*

Herr Müller und Herr Schaafer beantragen die Vertagung der Vorlage aufgrund der umfangreichen Änderungen und um schriftliche Vorlage der Änderungen.

Der Ausschuss lehnt die Vertagung bei 4 - Jastimmen, 10 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

Frau Mählenhoff lässt über den Antrag von Herrn Dr. Lengen abstimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 9 - Jastimmen, 5 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

**zu 7.3.1 Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung:
"Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207**

Die Konzepte "Zukunftsorientierte Stadtentwicklung 'Lübeck 2030'", "Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012" sowie "Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013" werden als vorbereitende Arbeiten zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans begrüßt und als Berichte ohne Bindungswirkung zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept "Lübeck 2030" anhand des Prüfkatalogs der "Arbeitsgruppe Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt 'Ein leises und Klimafreundliches Lübeck'" sowie der Nachhaltigkeitskriterien der Bundesregierung zu überarbeiten und um eine Darstellung des Flächenbedarfs für die Hafententwicklung zu ergänzen. Das überarbeitete und ergänzte Konzept "Lübeck 2030" wird den Gremien erneut zur Beratung vorgelegt und fließt in die förmlichen Verfahren (Prüfungen, Bürgerbeteiligungen, etc.) zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ein.

Frau Mählenhoff lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag bei 4 - Jastimmen, 9 - Neinstimmen und 1 - Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

zu 7.3.2 Antrag des Ausschusmitglieds Silke Mählenhoff zu "Zukunftsorientierte Stadtentwicklung Lübeck 2030" Vorlage: VO/2015/02375

- 1. Grundsätzlich werden keine Landschaftsschutzgebiete von Bebauung angegriffen. Damit entfallen die Flächen W 20 und W 11.*
- 2. Die Kleingartenflächen sind mit den Vereinen auf mögliche umzunutzende Teilbereiche zu überprüfen. Sofern Einvernehmen mit den Vereinen erzielt wird, könnten Teilflächen im Sinne des Konzeptes umgenutzt werden. Ist keine Einigung zu erzielen, sind alternative Nutzungen (z.B. Generationengärten, Bielefeldtgärten) zu entwickeln. Die Ausweisung der gesamten Kleingartenflächen wird abgelehnt*
- 3. Für die Gewerbeflächen im Außen- bzw. Randbereiche Lübecks gilt: die vorgesehene Größe ist in jedem Falle zu prüfen (s. 5) und zu modifizieren in kurz-/ mittel-/ langfristig zu erschließende Flächen*
- 4. Die Flächen W 9 und W 18 sollen auf ihre Eignung als Wohnbaustandort geprüft werden.
-Begründung:
W 9 Erweiterung Hagenkoppel: die abgebildete Karte ist irreführend, da westlich und auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Baugebiet anschließt, somit keine "Splittersiedlung" vorhanden ist. Die Prüfung bezieht sich auf den straßennahen, südlichen Teil der Fläche; der nördliche Teil zur Niederung bleibt unbebaut.

W 18 Ostseestraße: ist durch die Landstraße von Ivendorf und die Ostseestraße erschlossen, ÖPNV (Bus und Bahn) unmittelbar erreichbar. Vom Skandinavienkai durch Wall und Begrünung (Sichtschutz) getrennt. Zur freien Landschaft durch Knick gut abgeschlossen.*
- 5. G 7 (Genin Süd) und G 10 (Moisling) differenzieren, da hier zwei größere Flächen in Teilen unterschiedlich bewertet wurden. (s. 3)*

G 13 (Gut Roggenhorst): keine Bebauung, die weiter an die denkmalgeschützte Anlage heran reicht; deutliche Zäsur zum Gewerbegebiet erhalten.

G 8 (Niemark): aufgrund des gegliederten Landschaftsraumes nicht als Gewerbefläche zu entwickeln.

G 14 (Erweiterung Roggenhorst) da die Bewertung des Konzeptes schon diverse Einschränkungen der Entwickel- und Nutzbarkeit enthält, sind die möglichen Teilflächen deutlich zu benennen.

G 18 (Teerhofinsel): keine Gewerbenutzung, Vorrang Klimaschutz, Naturschutz

Frau Mählenhoff lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag bei 2 - Jastimmen, 11 - Neinstimmen und 1 - Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

zu 8 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage Herr Röttger - Holzeinschlag Stadtwald

Herr Röttger fragt nach, ob es durch den milden Winter zu Einnahmeverlusten durch einen geringeren Holzeinschlag beim Stadtwald gekommen sei. Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:03 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:04 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Lübeck, den 20. März 2015

Silke Mählenhoff
Vorsitzende

Maik Schneider
Protokollführung